

aus lesenswerten Beitrag, der sich vor allem durch die Aufarbeitung eines verstreuten zeitgenössischen Materials auszeichnet, ohne freilich in jedem Fall umwälzend neue Aspekte und Denkanstöße zu geben.

Jens Flemming

Heide Barmeyer, Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928—1933 (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. XXIV), Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1971, VI, 176 S., Ln., 38 DM.

Neben anderen schwerwiegenden innen- und außenpolitischen Belastungen bildete die vom Kaiserreich übernommene strukturelle Agrarkrise eine zusätzliche Hypothek für die Weimarer Demokratie, die abzutragen ihr verwehrt blieb angesichts der mangelnden Bereitschaft der Landwirtschaft, sich den Erfordernissen einer sozialstaatlichen und am Weltmarkt orientierten industriewirtschaftlichen Ordnung anzupassen. Trotz der unbestritten großen Bedeutung agrarpolitischer Probleme für die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands in den zwanziger Jahren hat sich die Forschung ihrer nur sehr zögernd angenommen. Bislang konzentrierte sich die wissenschaftliche Diskussion vornehmlich auf die Endphase der Republik und dabei insbesondere auf die Mitwirkung agrarischer Interessenvertreter am Sturz der Regierung Brüning.<sup>1)</sup> Abgesehen von der anregenden Studie Heberles über die frühe Nazifizierung der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung und den Arbeiten von Horst Gies zur Politik des agrarpolitischen Apparates der NSDAP und dessen — schon vor 1933 wirksamer — personeller Infiltration der traditionellen landwirtschaftlichen Berufsverbände<sup>2)</sup>, ist eine umfassende und kritische Würdigung agrarischer Interessenpolitik und ihres Anteils an der Zerstörung der Demokratie in der Periode der Präsidialkabinette bis heute unterblieben.<sup>3)</sup>

Bei der skizzierten Forschungslage stößt eine Monographie über Andreas Hermes und das landwirtschaftliche Organisationswesen, die darüber hinaus im Untertitel einen Beitrag zur Geschichte von Christlichen Bauernvereinen, Reichslandbund, Grüner Front und Reichsnährstand ankündigt, auf großes Interesse. Heide Barmeyers Buch basiert auf ihrer weit umfangreicheren, bei Wilhelm Treue angefertigten Dissertation, die sich als Baustein zu einer politischen Biographie Hermes' versteht und die Stationen seines öffentlichen Wirkens als Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister in den Kabinetten Müller, Fehrenbach, Wirth und Cuno, als agrarischer Verbandspolitiker in den Jahren 1928 bis 1933 und seine Rolle beim parteipolitischen Neuanfang nach 1945 nachzeichnet. Gegenüber der Dissertationsfassung beschränkt sich der vorliegende Druck auf den organisationspolitischen Aspekt der Hermesschen Tätigkeit als Präsident der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, der Grünen Front und des 1929/30 gegründeten genossenschaftlichen Einheitsverbandes.

<sup>1)</sup> Vgl. dazu *Heinrich Muth*, Agrarpolitik und Parteipolitik 1932, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für H. Brüning, Berlin 1967, S. 317—360.

<sup>2)</sup> *Rudolf Heberle*, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963; *Horst Gies*, R. W. Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930—33, Phil. Diss. Frankfurt 1965; *ders.*, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: VHZ 15, 1967, S. 341—376.

<sup>3)</sup> Für die Kriegs- und Nachkriegszeit liegen vergleichbare Monographien gar nicht vor. Zur Agrarpolitik in der Phase der sog. Stabilisierung siehe neuerdings *Arno Panzer*, Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dez. 1928, Phil. Diss. Kiel 1969 und speziell zu ostpreußischen Problemen *Dieter Hertz-Eichenrode*, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919—1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln/Opladen 1969.

Die übrigen Passagen der ursprünglichen Arbeit sind, stark verknüpft, als Einleitungs- und Schlußkapitel übernommen worden, wobei zu begrüßen ist, daß die Autorin auf die detaillierte Abhandlung der Ernährungs- und Finanzpolitik des Reichsministers Hermes verzichtet hat, da sie sich allein auf Bekanntes gründet und keinerlei neue Aspekte bietet. Ausgesprochen bedauerlich hingegen ist, daß die Darstellung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen unter der Delegationsleitung von Hermes in der Zeit von 1927 bis 1929 nur marginalen Charakter trägt und im Ergebnis nicht mehr ist als ein zusätzliches Datum zur vollständigen Erfassung der Biographie des Protagonisten. Anstatt moralisierend darüber zu rasonieren, ob es besonders »geschickt« (S. 17) war, den Agrarier Hermes zum Delegationschef zu bestellen — angesichts seiner von vornherein gegebenen Abneigung, überhaupt zu einem Vertragsabschluß zu gelangen, und des hinhaltenden Taktierens bei den Verhandlungen selbst, was schließlich im September 1929 zu seiner Ablösung führte —, wäre hier der Ort gewesen für eine Analyse des Stellenwerts agrarischer Interessenpolitik in der heraufziehenden Wirtschaftskrise. Die handelspolitischen Aspekte hätten mit der partei-, organisations- und wirtschaftspolitischen Entwicklung verzahnt werden müssen, um so den agrarischen Einfluß auf den Gang der deutschen Politik ermitteln zu können und — mit der Analyse der zollpolitischen Interessensolidarität zwischen Bauernvereinen und Reichslandbund — für die Vorgeschichte der Grünen Front einleuchtendere Erklärungen zu liefern als die von Barmeyer rein innerorganisatorisch abgehandelte »Einheitsbewegung« in der Landwirtschaft.

Nicht nur hier zeigen sich die Begrenzungen, die einem im wesentlichen biographisch orientierten Forschungsansatz vorgegeben sind. Trotz des vielfach interessanten Materials, das die Verfasserin aus dem Archiv des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes und aus Privatnachlässen zur Geschichte der Bauernvereine während der Präsidentschaft von Hermes vorlegt, bleiben einige Fragen offen. Abgesehen davon, daß man sich stellenweise weniger Zitate und mehr eigenständige Analyse gewünscht hätte, bleibt die Bedeutung der Bauernvereine für das Zentrum und dessen Politik bis auf sporadische Bemerkungen unerörtert. Geradezu wunderbar mutet der — unaufgelöste — Widerspruch an, wenn Barmeyer einerseits gänzlich naiv die Behauptung von der parteipolitischen Neutralität der Bauernvereine übernimmt (S. 43) und andererseits völlig zu Recht deren Bedeutung als ländliche Zentrums-Wahlvereine betont (S. 38). Unter dem Schlagwort der »parteipolitischen Neutralität« formierte sich im übrigen die innerorganisatorische Fronde (v. Lüninck) gegen Hermes, um eine Öffnung der Bauernvereine nach rechts zu Reichslandbund, DNVP und NSDAP zu erzwingen. Gegen diese Tendenzen konnte Hermes bis zu seiner Verhaftung im Frühjahr 1933 durch die Nationalsozialisten erfolgreich sein Konzept der Bewahrung der Eigenständigkeit behaupten durch Ausbau und Festigung der Organisation und die deutliche Reideologisierung der Bauernvereine im Sinne christlich-katholischer, ständestaatlicher Ordnungsvorstellungen, die zuweilen der Blut- und Boden-Mythologie, wie sie im großagrarischkonservativen Reichslandbund und später im faschistischen Reichsnährstand gepflegt wurde, bedenklich nahekam.

Mit der Einbringung der Bauernvereine in die Grüne Front von Landwirtschaftsrat, Reichslandbund und Deutscher Bauernschaft gelang es Hermes, den Verschmelzungstendenzen mit den Landbünden im eigenen Lager (Rheinland, Westfalen) den Wind aus den Segeln zu nehmen und ein weiteres, Schleswig-Holstein vergleichbares Desaster zu verhindern, wo die Bauernvereine durch die von Landbund und NSDAP beherrschte Landvolkbewegung binnen kurzem rund vier Fünftel ihres ursprünglichen Einflusses verloren hatten.

Die Grüne Front war als Kartellverband konstruiert, als Arbeitsgemeinschaft von

darüber hinaus selbständigen Verbänden, was den Intentionen der Berliner Zentrale der Bauernvereine unter Hermes entsprach. Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung der Einzelorganisationen bildete die weitreichende Identität der agrarpolitischen Zielsetzungen die Grundlage des gemeinsamen Vorgehens, die — wären sie bruchlos realisiert worden — die Rolle der Agrarier als Staatsrentner in riesigem Ausmaß gesteigert und perpetuiert hätten. Mit Prinzipien des wirtschaftlichen Liberalismus hatte das nichts gemein, wie die Autorin unter Berufung auf Sering zu Recht hervorhebt. Das aber als eine programmatische Zäsur werten zu wollen, ist verfehlt. Die Agrarier brauchten den Liberalismus nicht »aufzugeben« (S. 93), da sie ihn spätestens seit der Caprivi-Ära nicht mehr vertreten hatten, was ein Blick auf die Zollagitation des Bundes der Landwirte und seine Forderung nach einem staatlichen Getreidemonopol schlagend bewiesen hätte.

Barmeyer neigt bisweilen dazu, die Geschichte der Grünen Front auf bloße Ideographie zu verkürzen. So wünschenswert, wie die Verfasserin meint, ist eine Untersuchung zur Entstehung und Entwicklung des »Begriffs« Grüne Front nicht (S. 80). Anregender wäre die Analyse der Grünen Front im parteipolitischen Kräftespiel und ihres Beitrages im Prozeß der Aushöhlung der Demokratie gewesen. In diesem Zusammenhang zitiert Barmeyer eine interessante Aufzeichnung Arno Kriegsheim's (eines der Direktoren in der Reichslandbundzentrale), in der offen die politischen Implikationen einer agrarischen Interessenfront quer durch die bürgerlichen Parteien angesprochen werden: agrarpolitische Absicherung der »Nationalen Front« als bürgerlicher Sammlungsbewegung gegen die regierende Sozialdemokratie mit dem Ziel eines verfassungspolitischen Systemwechsels, der sich mit dem Sturz des Kabinetts Müller denn auch unüberhörbar ankündigte. Auch wenn Hermes und das Zentrum in diesem Punkt differenzierter dachten, hätte man sich hier weiterführende Analysen gewünscht und nicht nur die hoffnungslos apologetische Feststellung, Brüning habe sich gezwungen gesehen, »undemokratische Methoden zur Rettung der Freiheit anzuwenden« (S. 108).

Um es abschließend zu wiederholen: Der biographische Ausgangspunkt der Arbeit engt den Blickwinkel zu stark ein und läßt manche Frage offen. Die Geschichte der Grünen Front zu schreiben, bleibt weiterhin eine lohnende Aufgabe. Jens Flemming

Heinrich Bennecke, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus  
1918—1938, Günter Olzog Verlag, München/Wien 1970, 408 S., Ln., 25 DM.

Die These, daß die Weimarer Republik nicht zuletzt an dem Widerspruch zwischen formaler politischer Demokratie und überkommenen sozio-ökonomischen Strukturen scheiterte, ist zuerst von Arthur Rosenberg aufgestellt worden. Für die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Not und politischer Radikalisierung bieten Anfangs- und Endphase der Weimarer Republik anschauliche Beispiele. Ebenso ist seit langem bekannt, daß der Nationalsozialismus auf bestimmte soziale Gruppen eine besondere Anziehungskraft ausgeübt hat. Kritische Beobachter stellten bereits 1930 fest, daß die »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei« ihrem Namen keineswegs gerecht wurde und viel eher eine Protestbewegung des ländlichen und städtischen Mittelstandes als eine proletarische Kampforganisation war. Die ersten marxistischen Theorien über den Faschismus von Thalheimer, Marcuse, Rosenberg und Otto Bauer sahen die Basis dieser neuartigen Massenbewegungen in den gesellschaftlichen Zwischenschichten, die sich weder den Eigentümern an Produktionsmitteln noch der Arbeiterschaft zurechneten.

Die vorliegende Untersuchung von Heinrich Bennecke bietet alles andere als eine Modifizierung oder Bereicherung dieser Erkenntnisse. Die Feststellung, daß in den meisten Abhandlungen über die Weimarer Republik »die politische Radikalisierung